

LESERBRIEFE

Straßenbahntrasse Neuenheimer Feld

Platzhirschdenken

Welcher Teufel mag wohl Prof. Eitel, den Geografen und Rektor der Uni Heidelberg, geritten haben, wenn man seine Äußerungen zur Straßenbahn im Neuenheimer Feld liest? Seit wann „zerschneidet“ eine Straßenbahn einen Uni-Campus? Bringt sie nicht stattdessen eben die Wissenschaftler und Studenten ins Neuenheimer Feld, ohne die ein Campus ohne Leben wäre? Das Argument der elektromagnetischen Störungen wichtiger Messgeräte ist fadenscheinig. Dafür gibt es einen Faraday-Käfig. Und die Erschütterungen? Nun, die ganz sensiblen Geräte könnte man auch auslagern und woanders damit die Messreihen durchführen. Aber dafür täglich Tausenden von Pendlern die Möglichkeit der umweltbewussten Anreise zu verhindern, zeugt ganz und gar nicht von wissenschaftlicher Seriosität, sondern eher von Platzhirschdenken. Die Uni-Angehörigen sollten dem skurrilen Denken ihres Spiritus rector entschieden widersprechen und den Weg für eine vernünftige Straßenbahn frei machen.

Ulrich Pfeiffer, Verkehrsplaner, Plankstadt



Was in Augsburg möglich ist, soll in Heidelberg nicht funktionieren: In der bayerischen Stadt „zerschneidet“ eine Straßenbahn den Universitäts-campus – was allerdings in Heidelberg Unirektor Bernhard Eitel strikt ablehnt. Foto: privat

Straßenbahntrasse Neuenheimer Feld

Erster April?

Man kann ja darüber streiten, ob und wo eine Straßenbahn ins Neuenheimer Feld Sinn macht oder nicht. Was aber dieser Uni-Rektor Eitel da absonderte, ist nicht mehr erträglich. Der Campus sei Privatgelände, der Gemeinderat könne beschließen was er wolle, das Land teile die Auffassung der Uni usw.. Wer glaubt er eigentlich zu sein, dieser Herr?

Zunächst einmal besteht mein Staatsverständnis darin, dass unser Gemeinwesen allen Bürgern gehört, wird es doch auch von ihnen finanziert. Das Gehalt von Herrn Eitel übrigens auch. Also nix Privatgelände. Fehlt nur noch, dass er einen Zaun um „sein“ Gelände baut. Und das Uni-Bauamt ist auch nicht „das Land“, sondern eine Behörde, die der sich der Willensbildung der Regierung und des Parlaments unterzuordnen hat. Die Straße „Im Neuenheimer Feld“ will er ganz sperren wegen der „störenden Einflüsse“. Haben wir den ersten April?

Patienten und Besucher der Kopf-, Medizinischen- und Kinderklinik, Studenten der PH, Zoo- und Schwimmbadbesucher werden dann wohl per Hubschrauber eingeflogen ... Vielleicht bin ich etwas einfach gestrickt, aber geht's noch? Wo bleiben eigentlich unsere Land- und Bundestagsabgeordneten? Oder können die auch beschließen, was sie wollen, und Herrn Eitel ficht das nicht an?

Vielleicht sollte man mal sachlich werden. Wenn es Forschungsinstitute gibt, die mit dem Umfeld einer Stadt Probleme haben, warum verlegt man sie dann nicht beispielsweise neben das EMBL auf dem Bierhelder Hof?

Werner Hofmann, Eppelheim

Altes Hallenbad: Interview mit Hans-Jörg Kraus

Ehrlich sein!

Man darf sich sowohl über die journalistische Polemik gegen Hans-Jörg Kraus als auch über die unternehmerische Blauäugigkeit seiner Gegner doch immer wieder wundern! Wieso sollte ein privater Investor, der höchstpersönlich und mit eigenem Vermögen das Risiko seines Projekts trägt, einen Kulturbetrieb finanzieren? Die Finanzierung und Unterstützung von Kunst und Kultur ist Aufgabe der Stadt und des Staates, nicht jedoch eine von Journalisten, Politikern oder Bürgern eintragbare Pflicht privater Unternehmer und Investoren!

Wer sich die Zeit nimmt, das von Hans-Jörg Kraus übernommene und neu gestaltete Altklinikum-Gelände zu besuchen, wird erkennen, dass auch das Hallenbad mit dem Kraus-Konzept einer lebendigen, gemischten und kulturellen Markthalle bei ihm in allerbesten Händen wäre! Ich selbst habe vor kurzem im Samariterhaus meine neuen Kanzleiräume bezogen: Es sind in jeder Hinsicht die besten Räumlichkeiten, die mir in ganz Heidelberg angeboten wurden – angesichts des hervorragend sanierten Zustands und der hochwertigen Ausstattung allerdings bei weitem nicht die teuersten!

Man darf daher sicher sein, dass Herr Kraus auch das Markthallenkonzept zur Begeisterung der Heidelberger Bürger realisieren wird – und zwar ohne die leeren Versprechungen anderer Investoren und ohne späteres Einknicken aufgrund von Fehlkalkulationen! Die Ehrlichkeit eines realistischen Unternehmers sollte endlich einmal honoriert werden – anstatt der in Heidelberg vorherrschenden städtebaulichen Kleinbürgerlichkeit und ihren Vertretern immer wieder Raum zu geben!

Auch der Eiffelturm, die Pyramide im Louvre und viele andere wunderbare Bauten wären nie entstanden, wenn man diesen Stimmen gefolgt wäre.

Beate Bahner, Heidelberg

Herkules: Dicke Nadeln

Irrenhaus

Lieber Herkules,

Sie haben Ihre Keule sicher zu Recht geschwungen, wenn dieser Vorfall mit der Akupunkturadel so geschehen sein sollte. Aber stellen Sie sich vor: Die Friseur dieses Landes würden wie die Ärzteschaft in staatliche „Obhut“ genommen werden, dürften für einen Haarschnitt höchstens fünf Euro kassieren, dürften höchstens zehn Haarschnitte pro Tag gegen Bezahlung ausführen – aber bitte mit besten Instrumenten und bester Hygiene. Und ab dem elften Kunden hat der Friseur gefälligst kostenfrei zu arbeiten, wegschicken darf er niemanden; und wenn jemand im Quartal schon wieder die Haare geschnitten haben will, das muss selbstverständlich kostenfrei geschehen, sonst wird heftig die Keule geschwungen!

Oder stellen Sie sich vor, die gute Rhein-Neckar-Zeitung würde in politische „Obhut“ genommen, und eine Ausgabe dürfte höchstens 50 Cent kosten und nur für 150 000 Ausgaben – aber alle haben Anspruch auf eine gute Zeitung auf frischem Papier und mit gediegenem Inhalt – und hallo, aber direkt auf den Frühstückstisch der Kunden! Und ab der 150 001. Ausgabe müssen Sie sie kostenlos abgeben, sonst wird die Keule geschwungen ... Ärzteschelte ist einfach, und paradoxerweise wird in unserem deutschen „Irrenhaus“ im gleichen Zeitraum, in dem die Ärzteschaft, die keine Lobby hat und in politische „Obhut“ der Krankenkassen und des Staates genommen wird, die gute alte Bundesbahn privatisiert – ganz ohne Keulenschwung.

Michael Lorenz, Heidelberg

Herkules: Dicke Nadeln

Normaler Wahnsinn

Mein lieber Herkules,

da hast Du Dir aber einen dicken Bären aufbinden lassen! Das ist ja gerade so, als ob wir Ärzte mit dem schweren Ende Deiner Keule die Kassenpatienten malträtiert würden und mit dem pikanten Ende den Privat-Pikser machen würden. Ganz früher gab es mal wiederverwendbare Akupunkturadeln (die stumpf werden könnten), aber heute werden wegen HIV und Hepatitis nur noch immer gleich scharfe Einmal-Nadeln verwendet.

Dennoch ist wohl etwas Wahres dran. Dem Doktor ist mit dem ungeschickten und missverstandenen Witz („weil Sie Kassenpatient sind, nehme ich die stumpfen Nadeln!“) sicher der Gaul durchgegangen, denn er ärgerte sich darüber, dass die Akupunktur von den Kassen nur zu einem Bruchteil dessen vergütet wird, was einem Privaten abverlangt werden kann. Die Kassen verlangen eine lange, sehr teure Ausbildung und jährlich vier Fortbildungen, wenn wir „Kassenakupunktur“ machen wollen, und die Privatkassen lassen jeden auch ohne Ausbildung zur Akupunktur zu! Das ist dann schon „schmerzlich!“

So kommt es zur paradoxen Situation, dass der Privatpatient einen (möglicherweise nicht) ausgebildeten – aber gut bezahlten – Akupunktur hat, und der Kassenpatient einen gut ausgebildeten – aber schlecht bezahlten ... Nur, das ist der ganz normale Wahnsinn im Absurdistan der Kassenmedizin.

Drs. med. Dieter und Gabriele Jung, Heidelberg

Bürgerinitiativen

Reines Eigeninteresse

In der letzten Zeit haben die Bürgerinitiativen in unserer Stadt leider überhand genommen und verfehlen deshalb ihren eigentlichen Zweck. Der Zweck sollte darin bestehen, dass der Bürger z. B. von einer Stadtverwaltung nicht übergangen wird. In Heidelberg ist es leider genau umgekehrt. Dem Bürger wird alles lang und breit erklärt, und danach wird protestiert. Die Interessen sind leider nicht sehr edel. Überall werden lediglich Privatinteressen in den Vordergrund gestellt.

Bei der Restaurierung des Schlossgartens und beim Widerstand gegen das neue Kongresszentrum wird dies leider allzu deutlich. Diese beiden Gruppen sind hervorragend organisiert, und eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Argumenten der Befürworter findet nicht statt. Wagt man es, gegen diese Gruppen auf deren Veranstaltungen eine andere Meinung zu haben und auch noch zu äußern, ist es mit dem Frieden vorbei.

Leider werden dann auch angesehene Bürger unserer Stadt zum Opfer dieser Interessenverbände. Bei der Umsetzung der Pläne für das Kongresszentrum würden unter anderem dem zweitgrößten Arbeitgeber der Stadt, Hotellerie und Gastrono-

mie, langfristig einige tausend Arbeitsplätze erhalten bleiben. Sowohl der Kongress- als auch der Anlieferverkehr würde über die B 37 abgewickelt werden. Argumente wie „Fallwinde“ haben uns erst in letzter Zeit eine Großinvestition gekostet (Fußballstadion).

Der neutrale Heidelberger sollte sich mal die Mühe machen und herausfinden, wo die einzelnen Interessenvertreter eigentlich wohnen. Man würde bemerken, dass es sehr oft nur um den Wert der eigenen Immobilie geht und der nicht informierte Bürger von diesen Gruppen missbraucht wird. Es handelt sich sehr oft um „neue Bürger“, die in Heidelberg jede Art von Veränderung strikt ablehnen.

Eine Stadt kann nur dann die Probleme der Zukunft meistern, wenn man diese in der Gegenwart löst. Nach 16 Jahren des Stillstandes hat Heidelberg jetzt einen OB, der sich seiner Verantwortung stellt. Hoffentlich kennt der Gemeinderat seine Verantwortung für unsere Stadt. Es darf nicht zugelassen werden, dass die zweifelhaften Interessen von Wenigen unserer Stadt die Zukunft rauben.

Thomas Weil, Heidelberg

Erweiterung der Stadthalle

Alles spricht dafür

Antwort auf den Leserbrief „Alles spricht dagegen“ von Heidi und Jochen Goetze vom 18. April:

Sehr geehrtes Ehepaar Goetze, nach Rückkehr aus Ihrem Auslandsaufenthalt haben Sie sich veranlasst gefühlt, einen Leserbrief zu schreiben; Ihre Ausführungen in Verbindung mit der Standort-Diskussion für ein der internationalen Nachfrage entsprechendes Kongresszentrum lassen leider jede Objektivität vermissen. Zwar waren Sie bei der Podiumsdiskussion auf Reisen und somit nicht anwesend, dies hindert Sie jedoch nicht, einen phantasievollen Ablauf der Abendveranstaltung zu beschreiben, die so nicht stattgefunden hat.

Wenn Sie einleitend die Entscheidung des Gemeinderates für den Standort Stadthalle mit Erweiterung am Neckarstaden als „Possenspiel“ bezeichnen, so ist dies aus Ihrer Sicht als Anlieger und Hauseigentümer in der Unteren Neckarstraße nachvollziehbar, wie dies auch auf die Podiumsdiskussions-Teilnehmerin mit ihrer Villa Ecke Bienenstraße zutrifft. Als Sprachrohr der Bürger „für“ Heidelberg,

Untergruppe „Biest“, liegt es Ihnen am Herzen, den Status quo im Bereich der Stadthalle und dem Montpellierplatz zu erhalten. Ein Kongresshaus am Bahnhof wäre aus Ihrer Sicht und Ihrer Interessenlage eine sicher optimale Alternative. Doch alles spricht aus Heidelberger Sicht dagegen, wenn man sachliche Argumente akzeptiert.

Der Stadtrat hat aus gutem Grund seiner früheren Zustimmung zum Bahnhofsvorplatz jetzt revidiert und sich für den Standort Stadthalle ausgesprochen, weil sich die Voraussetzungen zwischenzeitlich grundlegend geändert haben.

Wenn man früher davon ausgehen konnte, dass ein Investor jährlich auflaufende Verluste bei einem neu gebauten Kongresszentrum am Bahnhof ausgleichen würde, wird zwischenzeitlich von der Stadt ein jährlicher „verlorener Zuschuss“ in Höhe von mindestens 1,2 bis 1,5 Millionen als Voraussetzung festgeschrieben, wobei diese Summe sich je nach Baukostenentwicklung noch erhöhen wird. Hinzu kommt, dass man das Grundstück von der Stadt kostenlos, wahrscheinlich in Verbindung mit einem Erbbau-Rechtsvertrag, zur Verfügung gestellt bekommen will.

Hinzu kommt, dass die Stadt das Gelände für etwa sieben Millionen Euro erst einmal kaufen müsste, alle Infrastrukturmaßnahmen noch gar nicht eingerechnet. Die verantwortlichen Entscheidungsträger sind jedoch aus ökonomischen Gründen gehalten, knappes Steuergeld eher in die stadt- und bürgereigene Immobilie zu investieren, weil auch sonst alle anderen Gesichtspunkte hierfür sprechen.

Kurze Wege zu den Sehenswürdigkeiten in unserer Stadt, Universität, Schloss, Hotels, Museen und den Einzelhandelsfachgeschäften, sprechen für sich. In Verbindung mit der „Stadt am Fluss“ wäre an dieser Stelle in Zukunft eine renovierte Stadthalle mit dem benötigten Erweiterungsbau für Ausstellungs- und Gruppenräume, Anlieferungsebenen und Parkplätze die optimale Lösung für Tagungsteilnehmer, auch unter Marketing-Gesichtspunkten. Denn jeder Besucher hat seine Erwartungshaltung an ein romantisches Heidelberg. Natürlich muss auch den Interessen der Stadt und ihrer Bürger Rechnung getragen werden, dies sollte jedoch bei gutem Willen von allen Beteiligten möglich sein.

An diesem Abend waren laut RNZ etwa 100 Personen anwesend. Es gibt aber in unserer Stadt eine große und schweigende Mehrheit von Bürgern, denen die Fortentwicklung unserer Stadt nicht aus Eigeninteresse am Herzen liegt und die sehen, dass mit Ausnahme der Wissenschaft und der Universität unsere Stadt im Vergleich zu anderen Kommunen und Großstädten in den letzten Jahrzehnten zurückgefallen ist.

Mit Ihrem Leserbrief haben Sie der Stadthallen-Anwohner-Initiative „Biest“ und den Bürgern für Heidelberg einen schlechten Dienst erwiesen. Schweigen wäre in diesem Falle Gold gewesen.

Ernst-Friedrich von Kretschmann, Hotel „Europäischer Hof“, Heidelberg

Bürgerentscheid

Wir lagen nicht falsch

Antwort auf „Falsches Spiel“ von Christoph Nestor vom 14. April:

Mit der Grünen-Initiative wurde erreicht, dass die Heidelbergerinnen und Heidelberger noch im Juli über den Verkauf bzw. Nicht-Verkauf der 610 GGH-Wohnungen im Emmertsgrund entscheiden können. Eine juristische Auseinandersetzung, die sich über Monate hingezogen hätte, wurde dadurch vermieden.

Durch die Initiative für einen kostengünstigen Bürgerentscheid werden nun die Bürger mittels einer Broschüre/Flyer umfassend über die Vor- und Nachteile des Verkaufs/Nicht-Verkaufs informiert. Auch darüber, welche finanziellen Mittel bei einem Nichtverkauf auf den städtischen Haushalt zu kommen. Wie diese Mittel dann aufgebracht werden – sei es durch zusätzliche Verschuldung, sei es durch eine befristete Erhöhung der Grundsteuer (wie wir dies vorschlagen), sei es durch Streichen anderer haushaltsrelevanter Projekte oder wie auch immer –, darüber muss der Gemeinderat entscheiden. Eine spannende Diskussion, bei der auch die Farbe bekennen müssen, die ansonsten einer Politik des „Wir versprechen alles“, sei es nun in der Würzburger Spielart oder aber in der sogenannten „Linken“, das Wort reden.

Wer wie wir Grünen durch eine politische Initiative maßgeblich dazu beiträgt, dass der Heidelberger Gemeinderat in einer hoch kontroversen Situation ohne Gegenstimme (!) beschließt, in dieser wichtigen Gemeindeangelegenheit die Bürger entscheiden zu lassen, der kann mit seinem Demokratieverständnis nicht so falsch liegen.

Und zum Schluss, damit dies nicht in Vergessenheit gerät: Die grüne Mitgliederversammlung hat auch beschlossen, dass die 610 Wohnungen in der Hand der GGH bleiben sollen. Das Gerede davon, die grüne Initiative hätte eine andere Absicht verfolgt, ist schlichtweg falsch.

Gerhard Pitz, GAL-Altstadtrat und Kreisvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Heidelberg

„Immer in den besten Händen“

Stellungnahme zum RNZ-Interview vom 16. April zum Thema Mammographie-Screening

Dr. Thomas Rahmfeld, der programmverantwortliche Arzt für das Screening Rhein-Neckar-Odenwald, nimmt zum RNZ-Interview mit Prof. Dr. Christof Sohn über das Mammographie-Screening am 16. April „Bei Brustkrebs nur zu ausgewiesenen Experten gehen“ Stellung:

„Mit der Heidelberger Uni-Frauenklinik besteht seit Screeningbeginn eine enge und durchweg gute Kooperation. Die Ausführungen von Professor Sohn zum Screening wollen wir in zwei Punkten wie folgt ergänzen:

Was heißt, das Mammographie-Screening ist anonym? Speziell fortgebildete, medizinisch-technische Assistentinnen führen die Teilnehmerinnen kompetent und offen für alle Fragen durch den Untersuchungsprozess. Lediglich das Arzt-Patienten-Gespräch findet nicht statt. Und das wiederum liegt am hohen Qualitätsanspruch, dem das deutsche Screening unterliegt:

Erstens zielt das vorgeschriebene Vier-

Augen-Prinzip, bei dem unabhängig von einander zwei Radiologen die Aufnahmen einer Frau befunden, gegebenenfalls unter Hinzuziehung eines dritten Befunders darauf ab, die Entdeckungsrate von Brustkrebs nachweislich zu verbessern. Dieser Qualitätsanspruch wiegt zumindest für die über 60 Prozent der eingeladenen Frauen, die am Mammographie-Screening in unserer Region bereits teilnahmen, den Nachteil auf, dass sie keinen Arzt sehen. Sie wissen, dass sich im Hintergrund mindestens zwei Ärzte um sie bemühen.

Zweitens müssen die befundenden Ärzte einen Erfahrungsschatz von mindestens 5000 befundeten Mammographien pro Jahr (!) nachweisen und sich speziell für die Auswertung der Screening-Mammographien fortbilden lassen.

Was passiert, wenn tatsächlich Brustkrebs festgestellt wird? Bei einem Verdacht, werden die Frauen aus der Region Rhein-Neckar-Odenwald zur Abklärungsuntersuchung nach Mannheim eingela-

den. Auf Wunsch können sie jederzeit ihren Gynäkologen oder Hausarzt mit einbeziehen. Wird tatsächlich Brustkrebs diagnostiziert, hat die Frau freie Wahl, wohin sie sich zur Operation bzw. Weiterbehandlung begibt. Gemeinsam mit den betroffenen Frauen legen die programmverantwortlichen Ärzte Dr. Heidi Daniel und Dr. Thomas Rahmfeld aus dem Radiologie-Zentrum Mannheim, auf Wunsch der Frauen unter Einbeziehung von Personen/Ärzten ihres Vertrauens, das weitere Vorgehen in einem ausführlichen Beratungsgespräch fest.

Natürlich besteht eine enge Zusammenarbeit der programmverantwortlichen Ärzte mit zertifizierten Brustzentren wie mit der Heidelberger Uni-Frauenklinik, so dass schon heute beim Mammographie-Screening in unserer Region die Frauen in einem ausführlichen Beratungsgespräch fest.